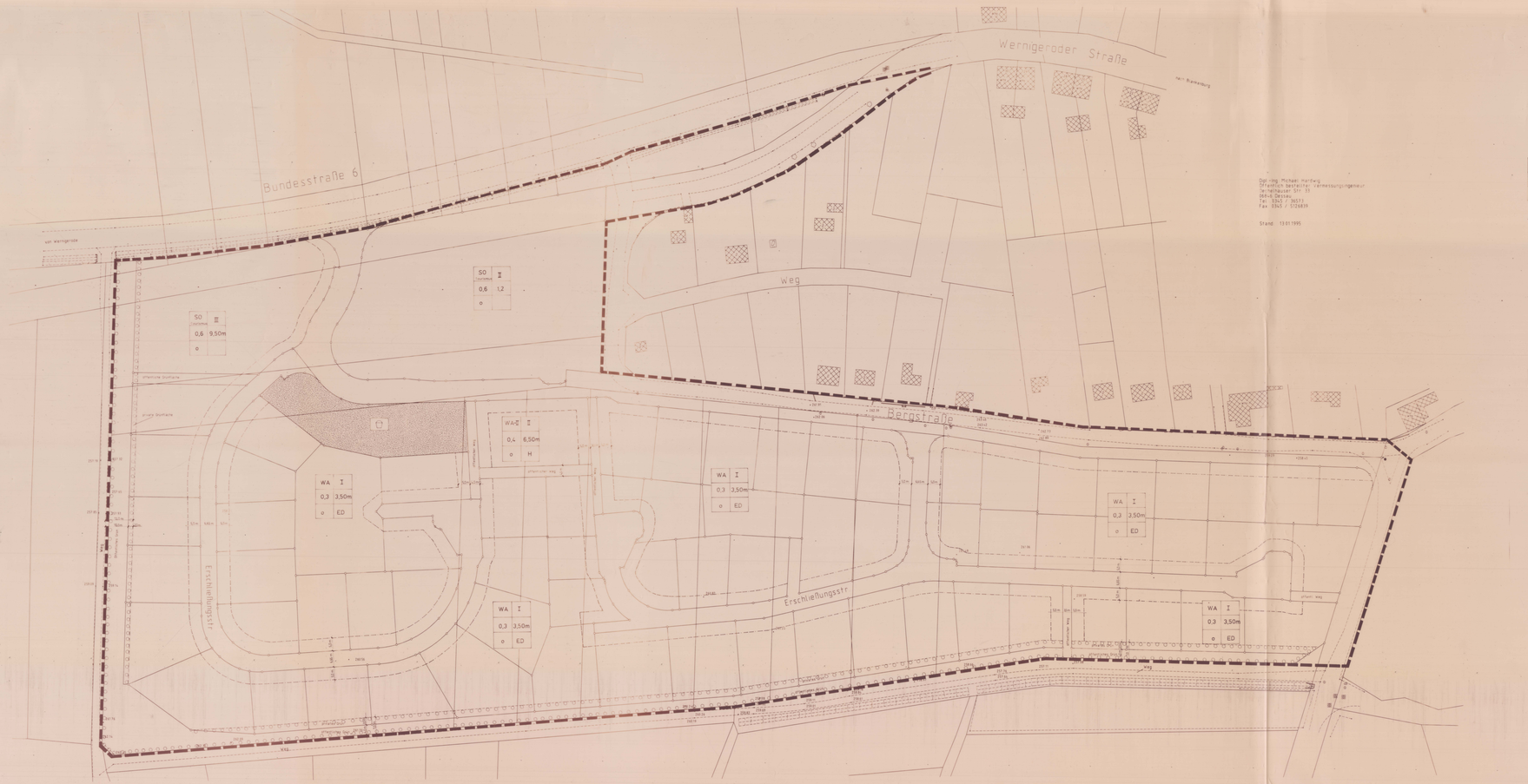

Zeichenerklärung

Bestand

Wohngebäude

Flurstücksgrenze

Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung

WA — Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)

SO (Tourismus) — Sondergebiet für Tourismus (§ 11 BauNVO)

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. §§ 16, 18, 21 BauNVO)

1	2
3	4
5	6
0	

1. Art der baulichen Nutzung
2. Anzahl der Vollgeschosse
3. Grundflächenzahl
4. Geschoßflächenzahl
5. u. 6. Bauweise
0 — offene Bauweise
Baugrenze
ED — Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4, 11, 21 BauGB)

Straßenverkehrsflächen (öffentlich)

Verkehrsflächen für Fußgänger, Radfahrer

Straßenbegrenzungslinie

Grünflächen
(Festsetzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a)

Sonstige Planzeichen

Öffentliche Grünflächen / Spielplatz

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Textliche Festsetzungen

1.0 Gesetzliche Grundlagen

Baugesetzbuch (BauGB)

in der Fassung vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)

Maßnahmegesetz zum Baugesetzbuch

(BauGB Maßnahmen (§ 1) in der ab 01.05.1993 geltenden Fassung (BGBl. I S. 622)

Baunutzungsverordnung (BauNVO)

in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), verändert geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22.04. 1993 (BGBl. I S. 466)

Planzeichenverordnung (PlanzV)

in der Fassung vom 18.12.1990 (BGBl. I/1991 S. 58)

Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt

(Naturschutzgesetz (LSA) vom 11.02.1992 (GVBl. LSA S. 108)

Entwurf des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Benzingerode

2.0 Art der baulichen Nutzung

2.1 Die festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA) nach §4 BauNVO dienen dem Wohnen. Ex sind ausschließlich Wohngebäude zugelassen.
Vorhaben nach §4 Abs. 2 Nr. 2 und Nr. 3 sowie nach §4 Abs. 3 sind in dem ausschließlich dem Wohnen vorbehaltenen Gebieten nicht zugelassen.

2.2 im WA-Bereich - Teil 2 sind Ausnahmen nach §4 Abs. 2 Nr. 3 sowie §4 Abs. 3 nicht zugelassen.

2.3 In den festgesetzten Sondergebieten für Tourismus dienen sie der Unterbringung von Beherbergungsbetrieben und Einrichtungen für Fremdenbeherbergung, Schank- und Speisewirtschaften sowie Anlagen für kulturelle, gesundheitliche und sportliche Zwecke zulässig.

2.4 Stellplätze und Garagen sind in den Wohngebieten (WA) entsprechend § 12 Abs. 2 nur in dem durch die Wohnnutzung verursachten Bedarf zulässig.
In Sondergebiet Versorgung und in den Sondergebieten für Tourismus und Stellplätze für Personenkraftwagen sind Garagen und Stellplätze nach § 12 Abs. 3 BauGB nicht zugelassene Nutzung verursachten Bedarf zulässig.

3.0 Maß der baulichen Nutzung

3.1 In den für Wohnnutzung festgesetzten allgemeinen Wohngebieten wird die Grundflächenzahl GRZ 0,3 festgesetzt.

3.2 In den Sondergebieten für Tourismus wird die GRZ 0,6 und im WA-Teil 2 GRZ 0,4 und GFZ 1,0 festgesetzt.

3.3 Für die Wohnbebauung wird unter Berücksichtigung der landschaftlichen Gegebenheiten die Geschoßflächenzahl GFZ mit 0,8 festgesetzt und lediglich eine eingeschossige Bebauung zugelassen.

3.4 In den Sondergebieten ist zwei- bzw. dreigeschossige Bebauung und eine Geschoßflächenzahl von GFZ 1,2 zulässig.

4.0 Bauweise

4.1 Es ist ausschließlich offene Bauweise zugelassen.

4.2 Die Wohnbebauung wird als Eigenheimbau als Einzel- oder Doppelhäuser zugelassen.

4.3 Für die Dachausbildung wird Satteln- oder Walmdach mit einer Dachneigung zwischen 28° und 45° festgesetzt.
Als Dachdeckungsmaterial werden rote Dachziegel vorgeschrieben.

Eine Firstrichtung wird nicht festgesetzt.
Flachdächer und grundsätzlich nicht erlaubt, ebenso nicht für Garagen.

4.4 Die Oberkante EG-Fußboden wird für die zu errichtenden Gebäude mit max. 0,5 m über Oberkante der Straßenmitte der Erschließungsstraße festgelegt.

4.5 Die Traufhöhen sind bei ein-, zwei- bzw. dreigeschossiger Bebauung mit 3,50 m, 6,50 m bzw. 9,50 m festgesetzt.
Bezugspunkt für die Traufhöhe ist die Oberkante EG-Fußboden.

4.6 Die überbaubaren Grundstücksflächen werden soweit erforderlich durch die festgesetzten Baugrenzen bestimmt.

4.7 Für das WA-Teil 2 wird eine Reihenhausbebauung für zulässig erklärt.

5.0 Grünordnung/Landschaftsgestaltung

5.1 BauGB §7 Verfahrt LSA ist der Grünordnungsplan Bestandteil des Bebauungsplanes.
Die dort enthaltenen Maßnahmen und Pflanzgebote gehen als Festsetzungen im Sinne §9 Abs.1 BauGB.

5.2 Die Wasserentsorgung erfolgt im Trennsystem.

5.3 Straßen und grundstücksnah zu pflanzenden Grundstücksgestaltenen und Stellflächen sind mit flossenpflaster oder Rasengittersteinen zu gestalten um eine Flächenversiegelung weitmöglichst zu vermeiden.

5.4 Grundstücksentwässerungen zur Straße hin sind muldenartiger Grünstreifen und stabilen des Bebauungsgebietes ein 3,0 m breiter privater und 4,0 m breiter öffentlicher Grünstreifen anzulegen.
Die Bepflanzung dieses privaten Grüns erfolgt nach Öffentliche Planpaeaitin Bis bzw. Bis des Grünordnungsplanes.

Verfahrensvermerke

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 13.08.1992.
Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Aushang an der Bekanntmachungstafel vom 14.05.1992 erfolgt.

Wernigerode, den — gez. Bollmann, Der Bürgermeister

2. Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 3 BauZVO beteiligt worden.

Wernigerode, den — gez. Bollmann, Der Bürgermeister

3. Die Gemeindevertretung hat am 30.07.1992 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Wernigerode, den — gez. Bollmann, Der Bürgermeister

4. Die Entwürfe des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie der Begründung, haben in der Zeit vom 30.10. bis 04.12.1992 nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist bekannt gemacht worden, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können, daß nicht rechtzeitig vorgebrachte Bedenken und Anregungen nur zu berücksichtigen sind, wenn sie der Gemeinde bekannt sind oder nach der Gemeindeordnung hätten bekannt sein müssen und daß der Bebauungsplan ohne Berücksichtigung von Bedenken und Anregungen aufgestellt werden kann, wenn die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.
Die von der 1. Änderung betroffenen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 1.04.95 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Wernigerode, den — gez. Bollmann, Der Bürgermeister

5. Die Stadtrat hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Wernigerode, den 02.05.1994 — gez. Wendorf, Der Oberstadtgemeinde

6. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 2.04.95 vom Stadtrat als Satzung beschlossen.

Wernigerode, den 02.05.1994 — gez. Wendorf, Der Oberstadtgemeinde

7. Die 1. Änderung der Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde ausgefertigt.

Wernigerode, den 22.05.95 — gez. Wendorf, Der Oberstadtgemeinde

8. Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom 10.05.1994 — mit Nebenbestimmungen und Hinweisen — Az: 32.

Wernigerode, den 02.05.1994 — gez. Wendorf, Der Oberstadtgemeinde

9. Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 08.08.1994 in der Volksstimme durch Aushang an der Stadtverwaltung bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Rechtsmöglichkeit der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) hingewiesen worden. Der Bebauungsplan ist mit Ablauf des 08.08.1994 in Kraft getreten.

Wernigerode, den 10.08.1994 — gez. Wendorf, Der Oberstadtgemeinde

Verfahrensvermerke

1. Der Stadtrat hat am 23.02.95 den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Wernigerode, den 02.06.95 — gez. Wendorf, Der Oberstadtgemeinde

2. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den Text (Teil B) sowie der Begründung haben in der Zeit vom 05.05. bis 23.06.1995 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Wernigerode, den 02.8.95 — gez. Wendorf, Der Oberstadtgemeinde

3. Die Gemeindevertretung hat am 30.07.1992 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Wernigerode, den — gez. Bollmann, Der Bürgermeister

4. Die Entwürfe des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den Text (Teil B) sowie der Begründung, haben in der Zeit vom 30.10. bis 04.12.1992 nach §3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist bekannt gemacht worden, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können, daß nicht rechtzeitig vorgebrachte Bedenken und Anregungen nur zu berücksichtigen sind, wenn sie der Gemeinde bekannt sind oder nach der Gemeindeordnung hätten bekannt sein müssen und daß der Bebauungsplan ohne Berücksichtigung von Bedenken und Anregungen aufgestellt werden kann, wenn die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.
Die von der 1. Änderung betroffenen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 1.04.95 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Wernigerode, den — gez. Bollmann, Der Bürgermeister

5. Die Stadtrat hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Wernigerode, den 02.05.1994 — gez. Wendorf, Der Oberstadtgemeinde

6. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 2.04.95 vom Stadtrat als Satzung beschlossen.

Wernigerode, den 02.05.1994 — gez. Wendorf, Der Oberstadtgemeinde

7. Die 1. Änderung der Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde ausgefertigt.

Wernigerode, den 22.05.95 — gez. Wendorf, Der Oberstadtgemeinde

8. Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom 10.05.1994 — mit Nebenbestimmungen und Hinweisen — Az:

Wernigerode, den 02.05.1994 — gez. Wendorf, Der Oberstadtgemeinde

9. Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 08.08.1994 in der Volksstimme durch Aushang an der Stadtverwaltung bekanntgemacht worden.
In der Bekanntmachung ist auf die Rechtsmöglichkeit der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) hingewiesen worden. Der Bebauungsplan ist mit Ablauf des 08.08.1994 in Kraft getreten.

Wernigerode, den 12.05.95 — gez. Wendorf, Der Oberstadtgemeinde

Wernigerode

Stadtverwaltung Wernigerode
Stadtplanung

Wohnbebauung Benzingerode

Bebauungsplan Nr. 12

1. Änderung

M 1 : 500

12.01.95 — 15/95